

GdP



Gewerkschaft
der
Polizei



Aktuell

Schwerin, 5. Februar 2015

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern

Nr. /2015

Wohnungseinbrüche in M-V lohnen sich mehr und mehr

„Um Einbrecher zu höheren Strafen zu verurteilen, muss man sie erst einmal kriegen“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Christian Schumacher mit Blick auf die bayerische Bundesratsinitiative zur Strafverschärfung bei Einbruchdiebstählen.

Die Situation in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht rosig. So stieg die Zahl der Wohnungseinbrüche nach 2011 und 2012 auch 2013 auf insgesamt 1512 Fälle landesweit. In nur knapp einem Drittel der Fälle konnten der oder die Täter dabei ermittelt werden. Und mit einer Entspannung der Situation ist nicht zu rechnen.

Wohnungseinbrüche greifen erheblich in die Privatsphäre der Menschen ein. Viele sind traumatisiert, weil ein Fremder in ihren Sachen gewühlt hat und in ihre Privaträume eingedrungen ist. Die Opfer leiden oft noch Jahre nach der Tat. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger sinkt. Die Bevölkerung erwartet deshalb zu Recht, dass alles getan wird, um den oder die Täter zu ermitteln. Aber die Zeiten, in denen der Streifenpolizist die Täter ein paar Straßen weiter gefunden hat, sind vorbei. Banden arbeiten heute nicht mehr regional, sondern mehr und mehr national und zum Teil sogar international. Daher sind Ermittlungen inzwischen sehr zeit- und personalintensiv. Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden sowohl national als auch international lässt sich nicht mit weniger Personal bewältigen. Diese Zusammenarbeit ist aber notwendig, um diesen gut organisierten Banden Einhalt zu gebieten und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu stärken.

Die oft gut organisierten Täter sehen die derzeitige personelle Situation der Landespolizei mit Freude. Neben der immer geringer werdenden schutzpolizeilichen Präsenz ist zu beobachten, dass auch die Mitarbeiter der Kriminalpolizei an ihrer Belastungsgrenze angekommen sind. Mehr Fälle sollen von weniger Beamten aufgenommen und bearbeitet werden – das passt nicht zusammen. Da nutzt auch ein höheres Strafmaß nichts. Das bisherige Strafmaß muss ausgeschöpft werden und es muss alles getan werden, um mehr Täter zur Verantwortung zu ziehen.

Hinzu kommt, auch in der Kriminalpolizei gehen in den nächsten Jahren viele Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand, die wahrscheinlich nicht ersetzt werden. Dadurch droht der Polizei auch ein enormer Verlust an Sach- und Fachwissen, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird.

„Wir müssen dem Bürger wieder die Gewissheit geben, dass er in seinen eigenen vier Wänden sicher ist. Eine alleinige Erhöhung des Strafrahmens ohne eine ausreichende Personalausstattung bei der Polizei bringt wenig bis gar nichts“, so Schumacher.

Der Landesvorstand